

Es waren vor allem die Katastrophen in der Geschichte Europas, insbesondere der Zusammenbruch der Nationalstaaten des europäischen Kontinents unter dem Ansturm der nationalsozialistischen Expansion und der Zivilisationsbruch im Zeichen der nationalsozialistischen Herrschaft über Europa, die zu einer Rückbesinnung auf die Werte der europäischen Tradition geführt haben. Eine genaue Analyse der Diskussionen im Widerstand gegen Hitlers Europa kann zeigen, dass die Institutionen des vereinten Europas geschaffen wurden, um Freiheit, Demokratie und Frieden in Europa besser zu schützen als in der Vergangenheit.

Einigungspläne

Europäischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg und die Renaissance Europas Von Wilfried Loth

Die Europäische Union hat sich nicht geradlinig aus der europäischen Geschichte entwickelt. Vielmehr waren es die Katastrophen in der Geschichte Europas, vor allem der Zusammenbruch der Nationalstaaten des europäischen Kontinents unter dem Ansturm der nationalsozialistischen Expansion und der Zivilisationsbruch im Zeichen der nationalsozialistischen Herrschaft über Europa, die zu einer Rückbesinnung auf die Werte der europäischen Tradition geführt haben. Eine

genaue Analyse der Diskussionen im Widerstand gegen Hitlers Europa kann zeigen, dass die Institutionen des vereinten Europas geschaffen wurden, um Freiheit, Demokratie und Frieden in Europa besser zu schützen als in der Vergangenheit.

Kriegserfahrungen

Über europäische Einigung war schon in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg viel gesprochen worden, freilich ohne dass sich

daraus politische Veränderungen ergeben hätten. Als das Scheitern der Friedensordnung von Versailles offenkundig wurde, wurden die Diskussionen intensiver, und es wuchs die Entschlossenheit, diesmal den Worten auch Taten folgen zu lassen. Die erfolgreiche Revisionspolitik und der rasche Siegeszug des nationalsozialistischen Deutschlands 1939/40 führten den europäischen Völkern schmerzlich vor Augen, dass die europäischen Nationalstaaten nicht mehr in der Lage



Wilfried Loth. Foto: Max Greve



(1) Sozialistische und konservative Europa-Politiker: Léon Blum und Winston Churchill bei einer Begegnung im Mai 1939.
 Quelle: Philippe Bauchard, *Léon Blum. Le pouvoir pour quoi faire?*, Paris: Arthaud 1976, Bildtafel vor S. 121, Institut des Sciences Politiques,
 Service des Archives d'histoire contemporaine, Paris

waren, die Sicherheit ihrer Bürger zu garantieren. Auch Allianzen und Bündnissysteme herkömmlicher Art boten keinen hinreichenden Schutz mehr vor bewaffneter Aggression. Das stärkte das Verlangen nach Schaffung kollektiver Sicherheitsstrukturen, die die zwischenstaatliche Anarchie zumindest im europäischen Bereich beseitigten. Gleichzeitig rückten alle jene Nationen enger zusammen, die sich von der Expansion des nationalsozialistischen Deutschlands bedroht fühlten.

In Großbritannien zeichnete sich diese Entwicklung schon nach dem Münchner Abkommen 1938 ab. Autoren wie Lord Lothian und Clarence Streit, die eine Födera-

tion der demokratischen Staaten beschworen, fanden große Aufmerksamkeit. Die Gruppe „Federal Union“, die dieses Programm auf ihre Fahnen schrieb, brachte es in kurzer Frist auf über 10.000 Mitglieder und organisierte mit breiter Unterstützung aus dem universitären und politischen Establishment 1939/40 eine Serie von Konferenzen, auf denen die Probleme einer föderativen Neuorganisation substantiell erörtert wurden. Im März 1940 wurde an der Universität Oxford ein „Federal Union Research Institute“ gegründet, das alsbald zum Zentrum der Diskussion avancierte.

Das berühmte Unionsangebot der Regierung Churchill an Frankreich muss vor dem Hintergrund

dieser Bewegung gesehen werden. Als die deutschen Truppen im Mai 1940 in Frankreich einmarschierten, kam die britische Regierung den französischen Verbündeten mit einem weitreichenden Unionsangebot zu Hilfe. Auf Initiative von Jean Monnet, der für die französische Regierung die Koordinierung der Kriegsversorgung mit Großbritannien leitete, schlug das Kabinett Churchill der Regierung Reynaud am 16. Juni 1940 eine gemeinsame Erklärung vor, mit der ein gemeinsames Bürgerrecht für Briten und Franzosen verkündet und gemeinsame Organe für die Kriegsführung geschaffen werden sollten. Das war zwar, jedenfalls aus der Perspektive Churchills, zunächst einmal nur als

Manöver gedacht, um die Franzosen von der Unterzeichnung des Waffenstillstands mit den deutschen Siegern abzuhalten. Es kann jedoch kein Zweifel sein, dass der Vorschlag, wenn er von der französischen Seite akzeptiert worden wäre, tatsächlich zu einer gemeinsamen Kriegsführung geführt hätte; und es gab auf beiden Seiten ernsthafte Politiker und hohe Beamte, die daraus auch ein institutionalisiertes Zusammenwirken in Friedenszeiten entstehen wollten.

Danach, als Großbritannien über ein Jahr ganz allein dem deutschen Angriff standhalten musste, ließ die Bereitschaft der Briten zu dauerhafter Bindung an den Kontinent merklich nach. Dauerhaften Frieden erhoffte man sich nun vorwiegend von einer engen Zusammenarbeit mit den USA; und sich selbst sah man in die Rolle einer der drei Weltmächte hineinwachsen, die über den künftigen Frieden zu wachen hätten. Dagegen kam dort, wo sich Widerstand gegen die deutsche Besetzung regte, zu der Erfahrung des Scheiterns des Völkerbundes auch noch die Erfahrung des nationalen Zusammenbruchs. Entsprechend radikaler wurden hier die Absagen an das nationalstaatliche Prinzip formuliert und entsprechend breiter war die Resonanz föderalistischer Ideen, sobald die Aussicht auf eine Überwindung des nationalsozialistischen Imperiums über Europa an Plausibilität gewann. „Man kann es vor aller Welt mit tiefster und unbeugsamster Überzeugung aussprechen,“ schrieb etwa der französische Sozialistenführer Léon Blum im Frühjahr 1941 in einem Gefängnis der Vichy-Regierung: „Aus diesem Krieg müssen endlich durch und durch starke internationale Einrichtungen und eine durch und durch wirksame internationale Macht hervorgehen, sonst wird er nicht der letzte gewesen sein.“ Und wie Blum formulierten Dutzende von Widerstandsautoren und die überwiegende Mehrheit der Widerstandsprogramme, was für eine

solche Wirksamkeit erforderlich war: die Beschränkung der nationalen Souveränitäten zugunsten eines „Überstaats“ mit eigenen Einrichtungen und eigener Führung. „Die internationale Körperschaft muss über die Institutionen und Kompetenzen verfügen, die sie benötigt, um zu leisten, wozu sie geschaffen wurde; mit anderen Worten, sie muss ganz klar als Super-Staat auf einer Ebene oberhalb der nationalen Souveränitäten etabliert werden.“¹

Neben Krieg und Zusammenbruch prägte auch, je länger die Kriegsanstrengungen andauerten, die Erfahrung zunehmenden Machtverfalls gegenüber den neuen Weltmächten das Denken der Widerstands-Eliten. Während die Europäer ihre Ressourcen im Krieg weitgehend verschlissen, weiteten die USA ihr Produktionsvolumen um mehr als das Doppelte aus. Das ließ die Maßstäbe wirtschaftlicher Produktivität endgültig über den Rahmen europäischer Nationalstaaten hinauswachsen und stellte die Konkurrenzfähigkeit und damit die Unabhängigkeit der europäischen Länder grundsätzlich in Frage. Mit den militärischen Entscheidungen des Krieges stiegen die USA gleichzeitig strategisch zur führenden Militärmacht der Welt auf, während die Sowjetunion zur weitaus stärksten Militärmacht des europäischen Kontinents avancierte. Das nahm den alten Staaten des Kontinents nicht nur viel von ihrem bisherigen Einfluss auf die Weltpolitik; sie gerieten damit selbst in zunehmendem Maß in die Verfügungsgewalt der beiden Hauptsieger des Krieges. Die Europäer verstanden, dass sie ihre Ressourcen zusammenlegen mussten, wenn sie sich in Zukunft gegenüber den neuen Weltmächten behaupten wollten.

Die Bereitschaft zu supranationalen Lösungen wurde noch dadurch verstärkt, dass viele Widerstandskämpfer die totalitäre Unterdrückung durch die Faschisten als letzte Konsequenz der Verabsolutierung des nationalstaatlichen Souveräni-

tätsprinzips begriffen und im Kampf gegen die faschistische Extremform von Etatismus und Nationalismus die Gemeinsamkeit traditioneller europäischer Werte wiederentdeckten. Was sie in den Widerstand trieb, war weniger der Kampf gegen die Fremdherrschaft als die Auflehnung gegen die Unterdrückung der Menschenrechte. Das ließ sie über weltanschauliche, soziale und nationale Grenzen hinweg zusammenrücken und nach Vorkehrungen gegen eine abermalige Entfesselung nationalstaatlicher Gewalt suchen. Die Nation, schrieben Ernesto Rossi und Altiero Spinelli im Sommer 1941 als Ergebnis langer Diskussionen mit Mithäftlingen auf der italienischen Gefangeneninsel Ventotene, „ist nicht länger die zweckmäßige Form der Organisation kollektiven Lebens“: das Dominanzstreben der Nationalstaaten führe notwendigerweise zu totalitären Regimen; die europäischen Völker müssten daher gegen die Nutznießer der alten Ordnung die Teilung Europas in souveräne Nationalstaaten beseitigen: „Ein freies und geeintes Europa ist die notwendige Voraussetzung für eine Entwicklung der modernen Zivilisation, für die die Ära des Totalitarismus einen Stillstand bedeutete.“²

Die revolutionäre Dimension der Europa-Bewegung, die hier schon anklang, wurde noch deutlicher bei Vertretern der sozialistischen Linken, die aus der Entwicklung der Produktivkräfte den Schluss zogen, dass eine sozialistische Revolution in Europa nicht ohne föderative Neuordnung möglich sein würde, und zugleich die Notwendigkeit dieser Umwälzung als Voraussetzung für eine europäische Friedensregelung betonten. Das gilt für Austromarxisten wie Oskar Pollak ebenso wie für die jungen Führungskräfte linkssozialistischer deutscher Gruppen im Exil wie Willi Eichler, Richard Löwenthal und Willy Brandt und die südfranzösischen Widerstandsgruppen „Libérer et Fédérer“ und „L'Insurgé“ mit Alexandre Marc und Marceau Pivert. Sie alle gingen

davon aus, dass die antifaschistische Erhebung eine Chance für den Durchbruch der sozialistischen Revolution bot. Über das Engagement für föderative Neuordnungen ließen sie sich in der Regel aber auch für pragmatische Teillösungen gewinnen, die im Kompromiss mit nichtsozialistischen Kräften durchgesetzt werden mussten. Das führte nicht nur zu einer partiellen Erneuerung des demokratischen Sozialismus insbesondere in Frankreich und in Deutschland, sondern auch, eng damit verbunden, zu einem wachsenden Engagement dieser Parteien für eine „Föderation aller europäischen Völker.“³

Je länger der Krieg andauerte und je offenkundiger die Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes wurden, desto deutlicher wurde auch die Notwendigkeit föderativer Strukturen für eine Lösung des deutschen Problems. „Man löscht den Hass nicht durch den Hass, die Gewalttätigkeit nicht durch Gewalttätigkeit aus“, schrieb Léon Blum schon 1941. „Um den Widerspruch zu lösen, um die Unschädlichkeit Deutschlands in einem friedlichen und gesicherten Statut zu erreichen, gibt es [...] einen einzigen Weg: die Eingliederung der deutschen Nation in eine internationale Gemeinschaft.“⁴ Um die gesellschaftlichen Wurzeln des deutschen Imperialismus zu beseitigen, war eine kontrollierte Umgestaltung der deutschen Gesellschaft durch die Siegermächte unabdingbar. „Diese Vormundschaft“, so formulierte es Claude Bourdet in dem französischen Widerstandsblatt „Combat“ im März 1944, „wird jedoch nur erträglich sein und ertragen werden, wenn Hand in Hand damit alle Nationen Europas auf einen Teil ihrer nationalen Hoheitsrechte zugunsten der europäischen Föderation verzichten.“ Ohne die Aussicht auf eine Entfaltung in der föderativen Gemeinschaft der Europäer drohten die Zwangsmaßnahmen der Sieger nur neuen Revanchismus zu produzieren.⁵

Es versteht sich, dass diese Argumentation auch bei denjenigen Deutschen Anklang fand, die über eine Zukunft ihrer Nation nach der Niederlage des Dritten Reiches nachdachten. Der demokratische Widerstand konnte sich eine Zukunft Deutschlands, die für alle europäischen Nationen akzeptabel war, grundsätzlich nur in einer föderativen internationalen Ordnung vorstellen. Als die Aussichten auf eine Erhebung gegen das nationalsozialistische Regime dahinschwanden, suchten seine Vertreter die Alliierten auf den Zusammenhang von Demokratisierung und Föderalisierung aufmerksam zu machen. Der konservative Widerstand um Männer wie Ludwig Beck, Ulrich von Hassell und Carl Goerdeler, orientierte sich zunächst an den traditionellen Vorstellungen von einem Mitteleuropa, das von Deutschland beherrscht wurde. Viele seiner Anhänger wurden aber mit der Zeit bescheidener. Manche, so insbesondere Goerdeler, ließen sich von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Integration und kontrollierter Abrüstung überzeugen und bekannten sich schließlich zu einem föderierten Europa, „in dem weder Deutschland noch eine andere Macht Vorherrschaft beansprucht.“⁶

Insgesamt kam so mit den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges bis 1943 eine breite Einigungsbewegung in Europa zustande. Diese Bewegung war wohl unsicher, was die geographischen Grenzen eines geeinten Europas und sein Verhältnis zu einer globalen Friedensorganisation betraf. Sie wies unterschiedliche Vorstellungen zur Haltung gegenüber der Sowjetunion und zur Rolle der Deutschen in einem geeinten Europa auf, unterschiedliche gesellschaftspolitische Vorstellungen und Strategien, unterschiedliche Grade der Absage an traditionelle Machtpolitik und der politischen Operationalisierung ihrer Ideale und auch unterschiedliche Akzentsetzungen

hinsichtlich der Dringlichkeit bestimmter regionaler Zusammenhänge. Übereinstimmend und häufig mit gleichartigen Begründungen über nationale und weltanschauliche Grenzen hinweg betonte sie jedoch das Ungenügen und die Gefährlichkeit des überkommenen nationalstaatlichen Ordnungssystems und die Notwendigkeit föderativer Regelungen. Dieser Konsens galt für die Mehrheit der Exilpolitiker und für die überwiegende Mehrheit der Widerstandseliten in den besetzten Ländern von Frankreich bis Polen, mit Ausnahme einer Minderheit der Konservativen und des kommunistischen Widerstands. Er galt nicht für Großbritannien, wo nach anfänglicher Hinwendung zu föderativen Lösungen das Vertrauen in die eigene Kraft wieder wuchs, und er galt auch nicht für die nordischen Staaten, die sich traditionell an Großbritannien orientierten. Für das im engeren Sinne kontinentale Europa stellte er jedoch eine Grundlage dar, auf der sich eine Alternative zur Restauration des zusammengebrochenen Nationalstaatensystems entwickeln konnte.

Regierungen und Verhandlungen

Die europäischen Politiker, die beim Einmarsch der Deutschen zumeist nach London geflüchtet waren und dort Exilregierungen gebildet hatten, fassten zunächst vor allem regionale Zusammenhänge benachbarter Länder ins Auge. Sie schienen am dringendsten zu sein und auch am ehesten erreichbar. Jedenfalls fühlten sich die Exilpolitiker in erster Linie hierfür verantwortlich. Wenn ihnen solche regionalen Zusammenhänge gelangen, dann mochte das auch das Entstehen einer föderativen Ordnung ganz Europas befördern.

Die konkretesten Planungen entwickelten die Vertreter des osteuropäischen Exils und Widerstands. Bereits am 11. November



(2) Planungen für die Nachkriegszeit: Władysław Sikorski, Winston Churchill und Charles de Gaulle bei Verhandlungen im Februar 1941.
Quelle: Pierre Lefranc, De Gaulle. Un Portrait, Paris: Flammarion 1994, S. 63

1940 bekundeten die polnische Exilregierung unter General Sikorski und die provisorische tschechoslowakische Regierung unter Präsident Benesch in einer gemeinsamen Erklärung ihre Absicht, eine „engere politische und wirtschaftliche Assoziation“ bilden zu wollen, der sich auch „andere Länder in diesem Teil des europäischen Kontinents“ anschließen sollten.⁷ Am 23. Januar 1942 schlossen die beiden Regierungen ein förmliches Abkommen, in dem sie die Bildung einer polnisch-tschechoslowakischen „Konföderation“ nach dem Krieg zusagten. Wenige Tage zuvor, am 15. Januar 1942, hatten auch die jugoslawische und die griechische Exilregierung ein Konföderationsabkommen unterzeichnet, in dem sie sich auf die Bildung gemeinsamer Organe zur Sicherung gemeinsamer Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik verpflichteten. Die große Mehrheit der osteuropäischen Résistance – meist aus den Reihen der politischen Mitte und der sozialistischen Linken – sah in diesen Abkommen den Auftakt zu einer Föderierung des osteuropäischen Raums im gesamteuropäischen Kontext. Manche dachten an eine Kombination von ostmitteleuropäischer Föderation, Donauföderation und Balkanföderation; andere, so auch Sikorski, wollten gleich den ganzen ostmittel- und südosteuropäischen Raum in einer Föderation zusammenfassen. Benesch selbst stand der Föderationsidee skeptisch gegenüber; er akzeptierte aber, als er in London um die Anerkennung seiner Exilregierung kämpfen musste, zumindest das Projekt der Konföderation.

Der Gedanke an einen regionalen Zusammenschluss im Westen des europäischen Kontinents wurde zunächst vor allem von Vertretern des belgischen Exils artikuliert. Paul-Henri Spaak, der in der Exilregierung das Amt des Außenministers übernahm, plädierte für einen Zusammenschluss Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs und Frankreichs auf wirtschaftlichem, poli-

tischem und militärischem Gebiet, der es diesen Staaten erlauben sollte, gestützt auf ihre kolonialen Besitzungen eine weltpolitische Rolle neben den Großmächten zu behaupten. Diese westeuropäische Gruppierung sollte freundschaftliche und zunehmend engere Beziehungen zu den übrigen Föderationen und den Großmächten unterhalten. Paul van Zeeland, der frühere Ministerpräsident (und spätere Außenminister) warb für eine Zoll- und Währungsunion des westlichen Europas. Und Louis de Brouckère, der frühere Präsident der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, betonte die Notwendigkeit einer Integration auch der deutschen Industrie in den europäischen Wirtschaftsverbund, der vom Westen des Kontinents her organisiert werden sollte. Mit ähnlichen Argumenten plädierte Graf Carlo Sforza, als Außenminister des vorkfaschistischen Italiens eine der prominentesten Figuren des italienischen Exils, für eine zentral-europäische Föderation von Polen bis Serbien und für eine lateinische Föderation aus Frankreich und Italien, die später vielleicht auch die übrigen Mittelmeerländer umfassen könnte.

Nach ihrer Übersiedlung von London nach Algier im Frühsommer 1943 machte sich auch die französische Exilführung unter General de Gaulle das Projekt einer regionalen Föderation im Westen zu eigen. De Gaulle blieb zwar skeptisch, was die Bereitschaft Großbritanniens betraf, sich an einer solchen Union zu beteiligen. Auch konnte er sich eine gleichberechtigte Beteiligung der Deutschen, wie sie Jean Monnet vorschlug, nicht recht vorstellen. Im Übrigen ließ er sich aber überzeugen, dass eine Föderierung im westlichen Europa eine notwendige Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung Frankreichs darstellte und auch nur auf diese Weise die Rolle Frankreichs als Großmacht gesichert werden konnte. Am 30. Oktober 1943 wies er das Befreiungskomitee an, das

„Projekt einer Föderation des westlichen Europas“ ernsthaft zu prüfen. Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg sollten den Kern dieser Föderation bilden. Darüber hinaus sollte sorgfältig geprüft werden, ob diese Föderation nach Süden ausgedehnt werden könnte, ob eine Angliederung des rheinisch-westfälischen Industrierevierts sinnvoll wäre und ob die Möglichkeit einer Assoziation dieser Föderation mit Großbritannien bestünde.⁸

Über die Integration der regionalen Föderationen in ein größeres Europa wurde erstmals in Gesprächsrunden verhandelt, die Sikorski am Sitz der meisten Exilregierungen in London organisierte. Auf seine Einladung hin trafen sich Vertreter der Exilregierungen Polens, der Tschechoslowakei, Norwegens, Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, Griechenlands, Jugoslawiens und des Komitees des „Freien Frankreichs“, um über die Organisation einer „Europäischen Gemeinschaft“ zu beraten. Die Verhandlungen dauerten das ganze Jahr 1942 an. Dabei zeigte sich große Übereinstimmung, was die Notwendigkeit betraf, Souveränität an die Gemeinschaft abzugeben, und die beteiligten Staaten demokratisch zu organisieren. Es wurde aber auch deutlich, dass über eine Gesamtstruktur Europas nicht mehr ohne die neuen Weltmächte zu entscheiden war und dass das Problem der Friedenssicherung ohnehin nicht mehr vorwiegend auf europäischer Ebene gelöst werden konnte.

Bei den Bemühungen, die Großmächte für die Idee föderativer Neuordnung in Europa zu gewinnen, stießen die Europäer allerdings bald auf Schwierigkeiten. Von den „Großen Drei“ griff nur Churchill die Einigungsinitiativen eindeutig positiv auf. In einer Grußadresse an den Fünften Kongress der Paneuropa-Bewegung, den Richard Graf Coudenhove-Kalergi im März 1943 in New York organisierte, bezeichnete er es als seine „Hoffnung“, im Rahmen einer „alle Nationen

umfassenden oder vertretenden Weltinstitution“ werde ein „Euro-parat“ entstehen, „in dessen Gefüge sich alle, auch die stärksten der in Frage kommenden Mächte einordnen, dem ein Oberster Gerichtshof zur Schlichtung von Streitigkeiten sowie bewaffnete Streitkräfte zwecks Durchführung seiner Entscheidungen zur Verfügung stehen.“⁴⁹ Dieser Euro-parat, so präziserte er im August des gleichen Jahres beim Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt in Quebec, sollte neben einem asiatischen und einem amerikanischen Rat eine der drei regionalen Unterorganisationen der künftigen Vereinten Nationen bilden. Außerdem plädierte er dafür, die kleineren Staaten – insbesondere im Donauraum, aber auch darüber hinaus – zu lebensfähigen Assoziationen und Föderationen zusammenzuschließen. Offensichtlich gedachte er so Deutschland unter Kontrolle zu halten und zugleich ein Machtvakuum zu verhindern, das sich die Sowjetunion einseitig zunutze machen konnte.

Stalin lehnte das Konzept der drei Regionalorganisationen nicht grundsätzlich ab. Freilich bestand er auf der Konferenz von Teheran im November 1943 darauf, dass sowohl die USA als auch die Sowjetunion Mitglied in dem europäischen Rat werden müssten, ebenso in dem asiatischen Rat. Ein Euro-parat ohne sowjetische Beteiligung schien ihm im Hinblick auf die deutsche Gefahr und die antisowjetischen Tendenzen im östlichen Europa zu unsicher, vielleicht auch als ein Instrument zur Formierung eines imperialistischen Machtblocks unter britischer Führung. Die Pläne für eine regionale Föderierung im östlichen Europa wies er kategorisch zurück. Nach den Erfahrungen, die die Sowjetunion mit den osteuropäischen Staaten gemacht hatte, hielt er eine direkte Kontrolle dieser Region für unabdingbar. Da waren osteuropäische Föderationsbestrebungen nur gefährliche Störmanöver, die rasch unterdrückt werden mussten.

Roosevelt wiederum wollte von einem Regionalrat für Europa überhaupt nichts wissen, weder mit amerikanischer Beteiligung noch ohne. Das eine glaubte er, wie er Stalin in Teheran ganz offen sagte, im amerikanischen Kongress nicht durchsetzen zu können; und das andere, ein Euro-parat ohne amerikanische Beteiligung, schien ihm die Gefahr zu bergen, die USA von den europäischen Angelegenheiten abzu-drängen und so dem amerikanischen Isolationismus erneut Vorschub zu leisten. Außerdem widersprachen regionale Räte der Konzeption seines Außenministers Cordell Hull: Sie würden, so fürchtete man auf dem linken Flügel der Demokratischen Partei, nur neue Konflikte hervorrufen und Barrieren gegen einen ungehinderten Zugang der amerikanischen Wirtschaft zum Weltmarkt errichten. Pläne für einen europäischen Zusammenschluss, wie sie von Experten des State Departments und privaten Studiengruppen wie dem Council of Foreign Relations und den Friedensräten der Kirchen vorgelegt worden waren, wurden darum von der Roosevelt-Administration im August/September 1943 definitiv verworfen. Im übrigen war Roosevelt bestrebt, sich die Kooperation Stalins über das Ende des Krieges hinaus zu sichern. In durchaus realistischer Einschätzung der Entwicklung der Kräfteverhältnisse war er davon überzeugt, dass davon der künftige Weltfriede in aller erster Linie abhängen würde.

Damit schwand jede Chance für eine Verwirklichung der osteuropäischen Föderationspläne dahin. Nachdem die Sowjetführung ihre Abneigung zu erkennen gegeben hatte, ließ der ohnehin zurückhaltende Benesch den tschechoslowakischen Staatsrat im November 1942 wissen, dass er die Zeit für eine Verwirklichung des Föderationsprojekts mit Polen für „noch nicht reif“ halte. Als Stalin im Mai 1943 die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung aufkündigte, brach Benesch die Verhandlungen mit den

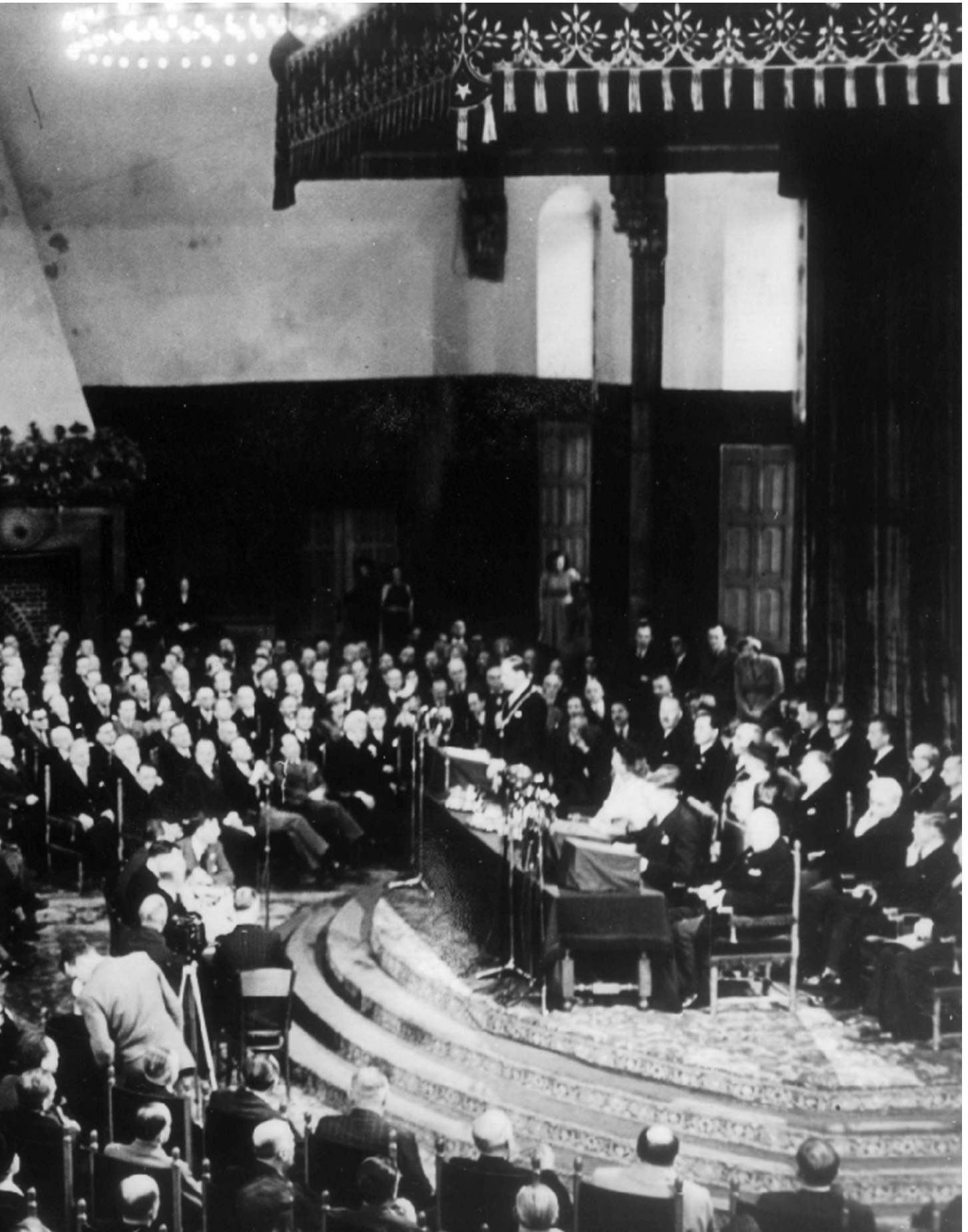
Polen ganz ab. Auch in den übrigen Kreisen des osteuropäischen Exils ging die Unterstützung für die Föderationsvorhaben rapide zurück: Sie weiterzuverfolgen, erschien angesichts der sowjetischen Haltung weder klug noch realistisch. Nach dem tödlichen Flugzeugabsturz Sikorskis im Juli 1943 wurden die Gespräche unter den Londoner Exilregierungen nicht mehr fortgesetzt.

Die übrigen Föderationspläne blieben in der Schwebe. Bei den Verhandlungen über die künftige Weltfriedensorganisation wurde grundsätzlich an der Möglichkeit zur Bildung regionaler Untergliederungen festgehalten (was dann in Artikel 52 der Charta der Vereinten Nationen seinen Niederschlag fand). Konkrete Schlussfolgerungen für Europa wurden aber nicht gezogen. Stattdessen vereinbarten die Alliierten, das besiegte Deutschland gemeinsam zu besetzen und zu verwalten. Die Schaffung einer gesamteuropäischen Föderation war damit auf die lange Bank geschoben: Nur wenn es den Siegermächten gelang, sich nach der Besetzung Deutschlands über eine gemeinsam verantwortete Integration der Deutschen in den europäischen Kontext zu verständigen, konnte sie noch verwirklicht werden.

Eher möglich waren Fortschritte beim Zusammenschluss des westlichen Europas. Die französische Exilregierung schlug der britischen Regierung denn auch im Frühjahr 1944 vor, gemeinsam für eine Integration des westlichen Europas zu arbeiten; dies sollte den Europäern größere Eigenständigkeit verschaffen und insbesondere auch eine gemeinsame Kontrolle der westdeutschen Industriegebiete ermöglichen. Im Spätherbst des gleichen Jahres trat Paul-Henri Spaak für die belgische Regierung mit einem ähnlichen Vorschlag an die Briten heran. In London zögerte man jedoch, sich auf eine solche Verbindung mit den kontinentalen Westeuropäern einzulassen. Darauf hin blieb auch dieses Projekt in der Schwebe: Ohne



(3) Der Haager Europa-Kongress 1948: Eröffnungssitzung im Ridderzaal.
Quelle: © Mediathek Europäische Kommission
Dieses Dokument ist Bestandteil der digitalen Bibliothek European
NAvigator, www.ena.lu



britische Beteiligung wollten die kleineren westeuropäischen Staaten auch keine Verbindung mit Frankreich. Spaak stoppte daher den Plan für eine belgisch-französische Zollunion, den er zuvor selbst betrieben hatte. Solange die Einigung mit Großbritannien nicht zustande kam, hielt er lediglich eine Zollunion mit den Niederlanden und Luxemburg für akzeptabel.

Diese wurde dann auch beschlossen: Am 5. September 1944 verpflichteten sich die Regierungen Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs im so genannten Benelux-Abkommen, nach dem Ende des Krieges eine Zollunion zu bilden. Verhandlungen der Benelux-Vertreter mit der französischen Regierung über eine Erweiterung der Union auf Frankreich wurden nur dilatorisch geführt. Als Differenzen über den finanzpolitischen Kurs der zu beteiligten Länder sichtbar wurden, begnügte man sich damit, am 23. Februar 1945 ein Abkommen über wirtschaftliche Konsultation zwischen Belgien und Frankreich zu vereinbaren, dem sich dann Luxemburg und die Niederlande anschlossen.

Spaltung und Einigung

Weiter zu gehen, als mit den Vereinbarungen über die Schaffung der Vereinten Nationen, der Bildung einer Vier-Mächte-Verwaltung für das besetzte Deutschland und der Benelux-Zollunion erreicht war, darauf drängten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in erster Linie Vertreter und Anhänger der demokratischen Linken. Ihnen schwebte ein Europa der „Dritten Kraft“ vor: ein geeintes Westeuropa, das in der Lage sein würde, zwischen den USA und der Sowjetunion zu vermitteln und so die internationale Gemeinschaft zu stärken. Die Stärkung der politischen Linken in den ersten Nachkriegswahlen und insbesondere der Wahlsieg der britischen Labour-Party am 25. Juli 1945 ließen dieses Programm aussichtsreich erschei-

nen: Großbritannien, so hoffte man, würde die Führung bei der Schaffung eines solchen Europas übernehmen, das die Vorzüge des amerikanischen und des sowjetischen Gesellschafts-systems miteinander verband, ihre jeweiligen Nachteile vermied und so auf beide ausstrahlte.

Die Idee der „Dritten Kraft“ fand natürlich in erster Linie bei den sozialdemokratischen Parteien Anklang, in Frankreich wie in Deutschland, bei einem Teil der italienischen Sozialisten, der österreichischen sozialistischen Partei und der niederländischen Partij van de Arbeid. In Großbritannien wurde sie insbesondere von jenen Kräften des linken Flügels der Labour-Party getragen, die dann im Frühjahr 1947 das von Richard Crossman initiierte „Keep-Left“-Manifest unterzeichneten. Ebenso engagierten sich zahlreiche Linkskatholiken für das Projekt, so der Kreis um „Esprit“ in Frankreich und um die „Frankfurter Hefte“ im besetzten Deutschland. Die neuen christdemokratischen Parteien machten es sich wenigstens teilweise zu eigen. In Deutschland profilierte sich Jakob Kaiser als christdemokratischer Parteiführer mit einem „Brücke“-Konzept, das wohl in erster Linie die Vermittlungsfunktion eines geeinten Deutschlands betonte, dieses Deutschland aber in eine enge Solidargemeinschaft der europäischen Völker eingebettet wissen wollte, „die ganz Europa zu sozialen Formen kommen lässt, die eine neue und dauernde Verständigung möglich machen.“¹⁰

Anklänge an „Dritte-Kraft“-Vorstellungen fanden sich aber auch in Kreisen, denen weniger an einer sozialistischen Umgestaltung der europäischen Gesellschaften gelegen war als an pragmatisch verstandener Selbstbehauptung, Wohlstand und Nutzung der verbliebenen Chancen für eine Stärkung der Vereinten Nationen. So plädierte der Londoner „Economist“ für eine enge Assoziation der Staaten des westlichen Europa, beginnend mit einer Freihandelszone und gemeinsamen

Ausschüssen für Verteidigungsplanung, Zollpolitik und Wiederaufbau, die als „Kern“ für eine Föderierung Europas wirken sollten. In Frankreich empfahl Raymond Aron eine enge Zusammenarbeit Frankreichs und Großbritanniens als Mittel, der, wie er meinte, schwierigen, aber zugleich unabdingbaren Transzendierung der alten Nationalstaaten in eine europäische Ordnung näher zu kommen. Hubert Beuve-Méry, der Herausgeber von „Le Monde“, begrüßte den offenkundigen Machtverlust Großbritanniens als Voraussetzung, um die „notwendigerweise langsame und schwierige Schaffung einer dritten Organisation in der Welt erhoffen zu können, die an Bedeutung mit den USA und der Sowjetunion vergleichbar wäre“; diese Organisation müsse „gegenüber Amerika und gegenüber Russland das gleiche Verständigungs-bemühen und die gleiche Unabhängigkeit“ wahren.

Für eine Integration des westlichen Europas im Rahmen eines westlichen Blocks konnten sich dagegen zunächst nur ganz wenige Europäer erwärmen. Weder mit dem Ziel der Verhinderung eines neuen Weltkrieges noch mit dem Ziel der Sicherung der Selbstbestimmung möglichst aller Europäer war sie ohne weiteres in Einklang zu bringen; und ebenso passte sie zu der vorherrschenden ordnungspolitischen Linksorientierung. Zu rechtfertigen war sie im Grunde nur, wenn man das östliche Europa und die sowjetische Besatzungszone Deutschlands als vorerst an die sowjetische Gewaltherrschaft verloren betrachtete. Und zu einer zwingenden Notwendigkeit wurde sie nur, wenn man mit der Gefahr eines Ausgreifens sowjetischer Gewaltherrschaft über die östliche Hälfte des europäischen Kontinents hinaus rechnete.

Prominentester Sprecher dieser Westblock-Konzeption wurde Winston Churchill, der in einer Rede an der Züricher Universität am 19. September 1946 dazu aufrief, „eine Art

Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen“, die die „neuen Gefahren von Tyrannei und Terror“ abwehren sollten. Als Kern dieses vereinten Europas bezeichnete er „eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland“. Großbritannien sah er wohl eher außerhalb der europäischen Konstruktion, unter den „Freunden und Förderern des neuen Europa“. Allerdings sprach er auch davon, dass „wir“ (also die Briten) „uns ans Werk machen“ müssten, „diejenigen Staaten, die es wollen und können, zusammenzufassen und zu vereinen“.¹¹ Im Anschluss an die Züricher Rede rief sein Mitstreiter und Schwiegersohn Duncan Sandys ein „United Europe Movement“ ins Leben.

Das Echo auf Churchills Initiative war jedoch überwiegend negativ. Eine Mehrheit der politischen Kräfte im westlichen Europa wollte nach wie vor nichts von sich aus beitragen, was die Teilung des Kontinents in Ost und West befördern konnte. Engagierte Föderalisten, die sich Ende 1946 zur „Union Européenne des Fédéralistes“ (UEF) zusammengeschlossen hatten, setzten sich dezidiert von der Westblock-Konzeption ab: „Wir wollen ein Europa als offene Gesellschaft“, erklärten sie auf ihrer ersten gemeinsamen Arbeitstagung in Amsterdam vom 12. bis 15. April 1947. „Das heißt: dem Osten wie dem Westen gegenüber freundschaftlich gesinnt, bereit, mit allen zusammenzuarbeiten.“¹²

Churchills Vorstellungen fanden erst Resonanz, als Stalin im Herbst 1947 eine energische Kampagne gegen den Marshall-Plan startete. Die kommunistischen Angriffe auf die angebliche „Unterjochung durch den amerikanischen Imperialismus“ verstärkten im westlichen Europa nicht nur den Eindruck, dass mit der Sowjetunion auf absehbare Zeit nicht zusammenzuarbeiten war. Sie gaben auch jenen Beobachtern Auftrieb, die in der sowjetischen Politik eine aggressive Strategie zur Erlangung der Kontrolle über den ganzen europäischen Kontinent sahen. Die

Bewegung für eine Einigung des westlichen Europas wurde damit in doppelter Weise gestärkt: Wer auf die vermittelnde Rolle der „Dritten Kraft“ hoffte, brauchte nun auf die Sowjetunion keine Rücksicht mehr zu nehmen. Gleichzeitig gewann für viele Europäer eine Einigung zur Abwehr der sowjetischen Gefahr an Dringlichkeit. Und da aus der sowjetischen Absage an den Marshall-Plan auch folgte, dass lediglich die westlichen Besatzungszonen Deutschlands in das gemeinsame Wiederaufbau-Programm einbezogen wurden, brauchte man ein geeintes Westeuropa jetzt auch verstärkt zur Integration der Westdeutschen. Einseitige Kontrollen der Deutschen waren mit dem Prinzip des gemeinsamen Aufbaus auf Dauer nicht vereinbar.

Während die Regierungen des westlichen Europa untereinander und mit den USA über die Bedingungen des Marshall-Plans verhandelten und die Kommunisten in den westeuropäischen Ländern gegen seine Annahme demonstrierten, wurde die Einigung Europas so im zweiten Halbjahr 1947 verstärkt zu einem öffentlichen Thema. „Beginnen im Westen“, gaben die Föderalisten auf ihrem Kongress Ende August 1947 als Parole aus; und Duncan Sandys kündigte daraufhin die Einberufung eines Europäischen Kongresses an, der im kommenden Frühjahr alle führenden Politiker des westlichen Europa versammeln sollte.

Als der Kongress dann vom 7. bis 10. Mai 1948 in Den Haag tagte, fiel er nicht ganz so repräsentativ aus, wie es Sandys vorgeschwebt hatte. Die Labour-Party hatte die Beteiligung an einem Unternehmen abgelehnt, das von der konservativen Opposition betrieben wurde, und daraufhin waren auch die Sozialisten des Kontinents aus Solidarität mit ihren britischen Genossen ferngeblieben. Unter den 700 Teilnehmern befanden sich aber Spitzenpolitiker aus fast allen westeuropäischen Ländern – so neben Winston Churchill, der die Eröffnungsrede hielt,

Anthony Eden, Harold Macmillan, Paul van Zeeland, Paul Ramadier, Ignazio Silone, Konrad Adenauer und Karl Arnold. Der Kongress endete mit der Forderung nach Einberufung einer „Europäischen Versammlung“, in der Abgeordnete aus den nationalen Parlamenten Maßnahmen zur wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas beraten sollten.

Die französische Regierung ließ sich darum durch den Haager Kongress der Europa-Bewegung dazu bestimmen, die Initiative für einen westeuropäischen Zusammenschluss zu ergreifen. Auf der zweiten Sitzung des Konsultativrates des Brüsseler Paktes am 20. Juli 1948 verlangte Außenminister Georges Bidault die Einberufung einer „Europäischen Parlamentarischen Versammlung“, wie sie der Haager Kongress konzipiert hatte. Diese Versammlung sollte, wie in einer Anweisung an den französischen Botschafter in London erläutert wurde, zunächst beratenden Charakter haben, nach einer Verständigung über das Europa-Projekt aber bald eigene Entscheidungsvollmachten erhalten und damit „den Kern einer föderativen Organisation Europas bilden.“¹³

Aus dieser Initiative ging zunächst der Europarat hervor, dann, nachdem sich die britische Regierung schließlich gegen eine Beteiligung an einem supranationalen Europa entschieden hatte, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, mit der das „Europa der Sechs“ seinen Anfang nahm. Nimmt man die verbliebenen Anhänger der „Dritten Kraft“ hinzu, die auf dem Haager Kongress nur teilweise vertreten waren, kann man von einer deutlichen Mehrheit für einen westeuropäischen Zusammenschluss sprechen – zumindest in jenen Ländern, die schließlich das „Europa der Sechs“ bildeten. Es war eine Mehrheit, die nicht nur Schutz vor sowjetischer Aggression suchte. Die Integration Deutschlands, eine dauerhafte Friedensordnung im

westlichen Europa, wirtschaftlicher Wohlstand und Eigenständigkeit gegenüber den USA waren ihr ebenso wichtig. Die europäische Einigungsbewegung beruhte auf den Erfahrungen mit der Instabilität von Versailles und den Katastrophen des Zweiten Weltkriegs.

Summary

During World War II the political debate among people resisting Nazi tyranny and crime led to a new consideration of European values. Democratic forces of different countries and different ideological traditions, from the conservatives to the socialists, agreed that a federal union of European states was necessary in order to secure freedom, democracy and social welfare, to establish an enduring peace and to find a solution to the disturbing "German problem". Governments in exile prepared regional arrangements in post-war Europe and discussed the design of a European community. When the United States and the Soviet Union emerged as the new superpowers after the collapse of the German empire most of the European anti-fascists strived for a Europe of "Third Force" preventing a division of Europe and another World War. It was only after Stalin's rejection of the Marshall Plan that the European movement decided to start European integration in the western part of the old continent.

Anmerkungen

- 1) Léon Blum: Blick auf die Menschheit, 2. Aufl. Zürich 1947, S. 104 und 106.
- 2) Walter Lipgens (ed.): Documents on the History of European Integration, Vol. 1, Berlin / New York 1985, S. 474 und 478.
- 3) So formuliert in den „Richtlinien zur internationalen Politik“, die von der Organisation der deutschen sozialdemokratischen Organisationen in Großbritannien im Oktober 1943 verabschiedet wurden; zitiert nach Klaus

- Voigt (Hrsg.): Friedenssicherung und europäische Einigung. Ideen des deutschen Exils 1939-1945, Frankfurt/Main 1988, S. 105-107.
- 4) Blum, Blick auf die Menschheit, S. 108f.
 - 5) Claude Bourdet: Future Allemagne?, in: Combat, Nr. 55, März 1944.
 - 6) Carl Goerdeler: Friedensplan Spätsommer – Herbst 1943, veröffentlicht bei Gerhard Ritter, Carl Goerdeler: Stuttgart 1954, S. 570-576.
 - 7) Text in The Times, 12.11.1942.
 - 8) Text des Zirkulars in René Massigli: Une comédie des erreurs, 1943-195, Paris 1978, S. 41ff.
 - 9) Charles Eade (Hrsg.): The War Speeches of the Rt. Hon. Winston S. Churchill, Vol. 2, London 1952, S. 423-437.
 - 10) Rede vor dem Präsidium der CDU in der Ostzone, 13. Februar 1946, zitiert nach Werner Conze, Jakob Kaiser: Politiker zwischen Ost und West 1945-1949, Stuttgart 1969, S. 68.
 - 11) Deutsche Übersetzung in: Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, Bonn 1953, S. 84f.
 - 12) Federal News, Nr. 147, Juni 1947, S. 11ff.
 - 13) Charles Eade (Hrsg.): The War Speeches of the Rt. Hon. Winston S. Churchill, Vol. 2, London 1952, S. 423-437.

Literatur

- Walter Lipgens/Wilfried Loth (eds.): Documents on the History of European Integration 1939-1950, 4 vols., Berlin / New York 1985-1990.
- Wilfried Loth: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940-1950, Stuttgart 1977.
- Wilfried Loth: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, Göttingen 1990, 3. Auflage 1996.
- Wilfried Loth: Die Krise der Nationalstaaten und die Anfänge der europäischen Einigung, in: Helga Scholten (Hrsg.): Die Wahrnehmung von Krisenphänomenen. Fallbeispiele von der Antike bis in die Neuzeit, Köln 2007, S. 267-282.
- Wilfried Loth: Vor 60 Jahren: Der Haager Europa-Kongress, in: Integration 31 (2008), S. 179-190.

Der Autor

Wilfried Loth studierte Germanistik, Geschichte, Philosophie und Erziehungswissenschaften in Saarbrücken. Nach Staatsexamen, Promotion und Habilitation wurde er 1984 auf eine Professur für Politische Wissenschaften an die Freie Universität Berlin berufen. 1985 folgte der Ruf auf eine Professur für Politische Wissenschaften an der Universität Münster. Seit 1986 ist er ordentlicher Professor für Neuere Geschichte an der damaligen Universität GH Essen, jetzt Universität

Duisburg-Essen. Von 1993 bis 1997 war Loth Präsident des Kulturwissenschaftlichen Instituts im Wissenschaftszentrum Nord-rhein-Westfalen. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Geschichte des Katholizismus, die Geschichte Frankreichs, die Geschichte des Kalten Krieges und die Geschichte der europäischen Einigung. Seit 2000 ist Wilfried Loth Vorsitzender der Verbindungsgruppe der Historiker bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
D U I S B U R G
E S S E N

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/73852
URN: urn:nbn:de:hbz:464-20210205-125159-4

Alle Rechte vorbehalten.